

## Antrag

**der Abgeordneten Alexander Graf Lambsdorff, Michael Link, Grigorios Aggelidis, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Sandra Bubendorfer-Licht, Dr. Marco Buschmann, Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Thomas Hacker, Peter Heidt, Markus Herbrand, Dr. Christoph Hoffmann, Ulla Ihnen, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Marcel Klinge, Pascal Kober, Konstantin Kuhle, Ulrich Lechte, Oliver Luksic, Dr. Jürgen Martens, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Benjamin Strasser, Katja Suding, Stephan Thomae, Dr. Florian Toncar, Dr. Andrew Ullmann, Gerald Ullrich, Johannes Vogel (Olpe), Nicole Westig und der Fraktion der FDP**

### **Europa gegen Corona – 5 Punkte für eine europäische Antwort auf die Pandemie**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die durch das Corona-Virus ausgelöste Pandemie ist eine humanitäre Katastrophe. Tausende von Familien in Europa und anderen Teilen der Welt haben Angehörige verloren oder sind in tiefer Sorge über das Wohlergehen ihrer Liebsten. Die Gesundheitssysteme sind mit der größten Herausforderung in Friedenszeiten seit der Spanischen Grippe vor 100 Jahren konfrontiert.

Die Pandemie hat zudem eine Wirtschaftskrise ausgelöst: Europa erlebt gerade einen beispiellosen Angebots- und Nachfrageschock. Die Wirtschaft auf dem Kontinent ist in eine tiefe Rezession gefallen und es besteht die reale Gefahr, dass wir wieder von einer Finanz- und Staatsschuldenkrise erfasst werden, die Europa in seinen Grundfesten erschüttert.

Manche nutzen diese Krise aus und setzen in ihrem medialen Windschatten politische Entscheidungen ins Werk, die Europas Werten direkt widersprechen. Polens verfassungswidrige Veränderung seines Wahlrechts im Vorfeld der Präsidentschaftswahl und die Selbstentmachtung des Parlaments in Ungarn durch ein Ermächtigungsgesetz für Viktor Orbán sind weitere Schritte auf dem Weg zu autoritären Regierungsformen innerhalb der EU. Die Bundesregierung darf dazu nicht schweigen. Wenn Europa aus dieser Krise nicht mit einer politischen Vergiftung herauskommen soll, muss Autoritarismus und Nationalismus mit klarer Kante entgegengetreten werden.

Geschlossene Binnengrenzen innerhalb der EU beeinträchtigen die jeden Tag hunderttausendfach gelebte individuelle Freiheit von EU-Bürgerinnen und -Bürgern. Trotz

großer Bemühungen der Europäischen Kommission, die negativen Folgen der Grenzschließungen für Binnenmarkt und Warenverkehr zu begrenzen, belasten sie zudem zahlreiche Branchen der Wirtschaft massiv und schädigen die Konjunktur in einer Zeit, in der eine Rezession ohnehin unvermeidlich ist. Sie stellen zahlreiche Grenzpendler und Erntehelfer vor unüberbrückbare Hürden, auch Pflege- und Gesundheitsfachkräfte können nicht dorthin, wo sie gebraucht werden.

Das Coronavirus steht beispielhaft für Herausforderungen, die nicht mehr vor nationalen Grenzen haltmachen. Unabgestimmtes Handeln nach nationalen Egoismen macht die Situation schlechter, nicht besser, die Erholung nach der Krise schwieriger, nicht leichter.

Die Mitgliedstaaten, die nationalen Parlamente – wir alle müssen in dieser Situation darauf achten, dass kein Schaden entsteht, der über die Krise hinaus negative menschliche, politische oder wirtschaftliche Folgen für unser Zusammenleben in Europa hat. Wie die Mitgliedstaaten in der Krise übereinander sprechen, einander unterstützen und miteinander umgehen, wird das politische Klima auf unserem Kontinent noch lange prägen und ist damit bestimmend für die Zukunft der Europäischen Union.

Es gibt zahlreiche positive Beispiele für solidarisches Handeln in Europa: Deutschland behandelt italienische und französische Beatmungspatienten, Frankreich italienische und spanische. Rumänische Ärzte sind über den EU-Zivilschutz-Mechanismus in Mailand im Einsatz. EU-Mitgliedstaaten liefern mehr Schutzmasken nach Italien und Spanien als Russland und China, die Europäische Kommission kauft gemeinsam für alle Schutz-ausrüstung, die Mitgliedstaaten unterstützen einander bei der Rückführung gestrandeter Reisender aus allen Teilen der Welt. All das ist richtig, muss fortgesetzt und, wo nötig, verstärkt werden. Doch leider wird es in den am stärksten von der Krise betroffenen Ländern kaum wahrgenommen, da die Atmosphäre in Europa teilweise sehr angespannt ist. Das ist zuerst der Ausfuhrsperre für medizinische Artikel geschuldet, die die Bundesregierung unabgestimmt am 4. März 2020 verhängt hat, während gleichzeitig z. B. in der Lombardei und im Elsass dringender Bedarf herrschte. Deutschland hat damit eine europaweite Kettenreaktion ausgelöst, die erst durch das Einschreiten der Kommission unterbrochen wurde. Jetzt tut Deutschland das Richtige, nämlich Menschenleben retten, doch die Bundesregierung hat einen europapolitischen Schaden angerichtet, der leider nachwirken wird.

Die EU muss konzertierte und koordinierte politische Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um die humanitäre Krise zu lindern, Europas Werte zu verteidigen, den Weg für eine schnelle wirtschaftliche Erholung zu ebnen und die Finanzstabilität zu erhalten. Dafür muss die EU die Instrumente ihres wirtschafts- und finanzpolitischen Werkzeugkastens ausschöpfen. Jetzt ist die Stunde der europäischen Solidarität. Diese muss schnell und zielgenau in die Tat umgesetzt werden. Europa braucht Maßnahmen, die unbürokratisch, wirksam und ohne großen gesetzgeberischen Aufwand umgesetzt werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alles Notwendige zu unternehmen, um in der Corona-Krise möglichst viele Menschenleben zu retten. Dies beinhaltet im Einzelnen:
  - sich auf EU-Ebene für eine koordinierte, effektive Beschaffung und Verteilung von medizinischer Schutz-ausrüstung, Medizintechnik, Impfstoffen etc. einzusetzen,
  - auf nationaler Ebene Vorkehrungen zu treffen, um im Rahmen freier Kapazitäten möglichst viele Patientinnen und Patienten aus besonders betroffenen Regionen der EU aufzunehmen und medizinisch zu betreuen,

- sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass die Länder des westlichen Balkans bei den Ausfuhrbeschränkungen von medizinischer Schutzausrüstung ausgenommen werden,
  - dafür Sorge zu tragen, dass Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Partnern kurzfristig hilft, die durch die Aussetzung der Beitragszahlungen der USA an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) entstandene Finanzierungslücke zu überbrücken und so die Handlungsfähigkeit der WHO während der Corona-Krise zu erhalten, besonders in den Ländern des globalen Südens, denen der schwerste Teil der Pandemie noch bevorsteht. Unabhängig davon muss die Bundesregierung gegenüber der US-Regierung einfordern, dass sie ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber der WHO weiterhin nachkommt. Nach der Corona-Krise muss die Bundesregierung mit Nachdruck auf eine Reform der WHO hinwirken, die die während der aktuellen Pandemie zutage getretenen Schwächen der Organisation nachhaltig behebt,
  - mittelfristig auf eine stärkere europäische Zusammenarbeit bei grenzüberschreitenden Gesundheitskrisen hinzuwirken;
2. die Werte Europas zu verteidigen und sich explizit gegen Entwicklungen, die die demokratischen Systeme in EU-Mitgliedstaaten wie Ungarn und Polen aushöhlen, auszusprechen. Dies beinhaltet im Einzelnen:
- sich gemeinsam mit weiteren Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, dass das Verfahren gegen Ungarn nach Artikel 7 EU-Vertrag zum Abschluss gebracht wird und so bald wie möglich zu beantragen, dass im Rat der Europäischen Union die eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Grundwerte der EU durch die Republik Ungarn festgestellt wird,
  - sollten die ungarischen Notstandsgesetze nicht zurückgenommen werden, muss die Bundesregierung gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten auf eine Suspendierung des Stimmrechts Ungarns im Rat hinwirken,
  - darüber hinaus muss auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Ungarn als weiterer Sanktionsmechanismus, neben dem Entzug von Stimmrechten, die Möglichkeit geschaffen und genutzt werden, bei Missachtung der Grundwerte der Union die Bereitstellung von Finanzmitteln für den betreffenden Mitgliedstaat auszusetzen (Konditionalitätsklauseln);
3. darauf hinzuwirken, dass die EU die Instrumente ihres wirtschafts- und finanzpolitischen Werkzeugkastens ziel- und zukunftsorientiert ausschöpft um die Folgen der Corona-Krise zu bewältigen. Hierzu zählt unter anderem:
- die Umwidmung von Geldern aus dem aktuellen EU-Haushalt sowie die Aufnahme von Maßnahmen, die geeignet sind, die Folgen von Corona zu bewältigen, in die Verhandlungen über den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU für die Jahre 2021-2027,
  - die Unterstützung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern auch auf EU-Ebene zu sichern und die Initiative der Kommission für ein Programm zur finanziellen Unterstützung nationaler Kurzarbeiterprogramme in den EU-Mitgliedstaaten („SURE“) zu unterstützen, sofern die EU-Kommission die mitgliedstaatliche Verantwortlichkeit für konkrete Arbeitsmarktmaßnahmen respektiert,
  - darauf hinzuwirken, dass die Instrumente der Europäischen Investitionsbank schnellstmöglich für ein zielgerichtetes Hilfsprogramm aktiviert werden,
  - sich gegen die Einführung von Corona-Bonds oder anderweitiger Maßnahmen auszusprechen, die zu einer Vergemeinschaftung von Schulden oder einer gesamtschuldnerischen Haftung auf der europäischen Ebene führen würden. Sollten betroffene Mitgliedstaaten im Zuge der Krise den Zugang zum

Kapitalmarkt verlieren, wäre der ESM mit seiner ungenutzten Kreditvergabemöglichkeit von 410 Milliarden Euro ideal zur Liquiditätssicherung geeignet, um so die Stabilität des Euro-Währungsgebietes insgesamt zu wahren. Die bestehenden ESM-Instrumente, wie vorbeugende Kreditlinien, können unter den geltenden Voraussetzungen und unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Umstände mit gezielter Konditionalität zur Anwendung gebracht werden. Beispielsweise könnte die Finanzierung des ESM für bedürftige Mitgliedstaaten unter der Bedingung einer bestimmten Anzahl jährlicher Primärüberschüsse nach der Corona-Krise bereitgestellt werden,

- sich für die zügige Aufsetzung des vom niederländischen Premierminister Mark Rutte vorgeschlagenen COVID-19-Notfall-Fonds einzusetzen, mit Hilfe dessen Mitgliedstaaten mit entsprechenden finanziellen Spielräumen andere Mitgliedsstaaten, die im Zuge der Krise in finanzielle Not geraten sind, mit Nothilfe z. B. zur Finanzierung von Medikamenten, Ausrüstung für Intensivstationen und andere dringend benötigte medizinische Güter unterstützen könnten;
4. darauf hinzuwirken, dass alle derzeit geschlossenen Binnengrenzen in der EU sobald wie möglich wieder geöffnet werden, insbesondere für Pendler in den Grenzregionen, denn die schnellstmögliche Wiederherstellung der vier Grundfreiheiten des Binnenmarkts ist das beste Konjunkturprogramm für Europa;
  5. die Handlungsfähigkeit der EU für die Zukunft zu stärken und sich dafür einzusetzen, dass jene europäischen Institutionen, die bei der Bewältigung derartiger Krisen nützlich sein können, zu stärken. Dies bedeutet im Einzelnen:
    - das „Europäische Zentrum für Krisenkoordinierung (ERCC)“ sollte aufgewertet werden. Die Mitgliedstaaten müssen sich verpflichten, anders als vor dieser Pandemie, wahrheitsgemäß zu berichten, also auch eigene Defizite und Schwachpunkte zu benennen, da andernfalls die Kommission aufgrund fehlerhafter Informationen zu fehlerhaften Maßnahmen kommen muss oder richtige Maßnahmen unterlässt,
    - ein noch zu schaffender Europäischer Sicherheitsrat muss die Berichte des ERCC regelmäßig vorgelegt bekommen, genau wie die Analysen zu Desinformationskampagnen von Drittländern in der EU von Stratcom East, um diesen wirksam entgegenzutreten zu können,
    - die Mitgliedstaaten müssen Maßnahmen, die sie national für unabdingbar erachten, der Kommission melden und sie mit den Partnern in der Union konsultieren. Auch solche Konsultationen können in diesem Sicherheitsrat erfolgen, bis zu seiner Einrichtung ist der Ausschuss der Ständigen Vertreter (AStV) hierfür zu nutzen,
    - Haushalt und Personal des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie die Kompetenzen der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) sollten erheblich aufgestockt werden, damit diese in Krisenzeiten medizinische und anderweitige Maßnahmen koordinieren können.

Berlin, den 21. April 2020

**Christian Lindner und Fraktion**